

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Vertriebsstellen entgegen. Unser Erscheinen bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Post- und Transportkosten, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 34.

Die achtspaltige Reparaturzeile ober deren Name kostet 4,- M. einschließlich Transportkosten. Kleinere Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2,- M., jedes weitere Blatt 1,50 M., einschließlich Transportkosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Kleinere Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Kleinanzeigen: das fertige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Blatt 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518, 4602, 4635, 4649, 4822

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Eine Drohung der Entente

### „Letzte Gelegenheit“

Berlin, 21. Januar.

Wie weiter stellt, wird mit Bezug auf die Anwesenheit Bergmanns und der deutschen Finanzfachverständigen in Paris in Verbindung mit der Premierminister-Konferenz in britischen maßgebenden Kreisen erklärt, daß die Deutschen sich darüber klar werden müssen, daß dies die letzte Gelegenheit sei, den Alliierten ihren eigenen Reparationsplan vorzulegen. Die Alliierten verlangen nichts unvernünftiges, sie haben in der Tat bereits große Zugeständnisse gemacht. Zweifellos werden die Deutschen das verstehen und einsehen, daß, wenn nichts geschieht, die Regelung über ihren Kopf hinweg erreicht werden wird.

#### Eine italienische Stimme

Rom, 21. Januar.

Bezüglich der Reise des Grafen Sforza nach Paris schreibt „Giornale d'Italia“: In der Entwaffnungsfrage wird eine Verständigung leicht zu erzielen sein; die Frage der Reparationen hingegen wird wahrscheinlich zu einer tiefen Meinungsverschiedenheit Anlaß geben. Die italienischen Staatsmänner werden sich in dieser Frage von der guten italienischen Vernunft leiten lassen und bestrebt sein, eine praktische Lösung zu erreichen. Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufbau muß begünstigt werden, sonst wäre Gefahr vorhanden, daß man, nachdem ein anständiges Abkommen abgelehnt worden ist, dem Konfuziosverfahren entgegengeht.

## Die Behandlung der oberschlesischen Frage

### Die Ratgeber der deutschen Regierung

#### (Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kattowitz, 21. Januar.

Im Auswärtigen Amt findet heute eine Besprechung über die oberschlesische Frage statt, in der die Regierung offenbar die Grundfragen für die Beantwortung der oberschlesischen Interpellation klären will. Wir haben Grund, anzunehmen, daß sich die Besprechungen in Bahnen bewegen wird, die zu ernsthaften Befürchtungen Anlaß geben. Die letzten Noten der deutschen Regierung haben, so berechtigt in den meisten Fällen eine Klage und Beschwerde war, in ihrer Form und in ihrer ganzen Aufmachung, sowie in der Art der Beweis-

führung in weiten Kreisen der oberschlesischen Bevölkerung ernste Bedenken hervorgerufen. Die Behandlung der oberschlesischen Probleme in diesen Noten muß in der oberschlesischen Bevölkerung, vor allem bei der Arbeiterschaft, den Anschein erwecken, als ob die Regierung von nicht gerade sorgfältig orientierten Elementen inspiriert worden wäre. Diese Vermutung wird dadurch bestätigt, daß, wie wir feststellen konnten, unverantwortliche Informatoren sich an die Reichsregierung herandrängen und eine Verbindung zwischen Berlin und Oberschlesien herstellen, die sich völlig der Kontrolle entzieht. Wir möchten es nicht unterlassen, in letzter Stunde warnend unsere Stimme zu erheben und die Regierung nochmals auf diese Tatsache aufmerksam zu machen, damit sie sich nicht durch Männer irreleiten läßt, die nur in losem Zusammenhang mit der oberschlesischen Bevölkerung stehen, während die wirklich verantwortlichen und führenden Männer Oberschlesiens, vor allem die Vertreter der oberschlesischen Arbeiterschaft, bei Beschlüssen der Reichsregierung in oberschlesischen Angelegenheiten nicht zur Beratung hinzugezogen werden.

## Ein Rippenstoß

### Braunschweig für die Forderungen der Arbeitslosen

III. Braunschweig, 21. Januar.

Der Landtag beschloß gestern, den Antrag des kommunistischen Abgeordneten Kroske, der eine 100prozentige Erhöhung der Unterstützung für sämtliche Arbeitslosen, die Zahlung der Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftshilfen in Höhe von 400 bzw. 600 M. fordert, der Reichsregierung zu übermitteln und mit Nachdruck für die Erfüllung der in Form eines Ultimatums an den Braunschweigischen Landtag von den Arbeitslosen gerichteten Forderungen einzutreten.

Das ist ein wohlthuender Rippenstoß für die Reichsregierung, der Nachahmung verdient. Auch von anderer Seite sind ähnliche Anregungen gekommen, aber es hat den Anschein, als ob man im Reichsarbeitsministerium ein dickes Fell und taube Ohren hat. Dann dürfen sich die Herrschaften aber nicht allzu sehr wundern, wenn die Arbeitslosen gelegentlich diese Taubheit abzuhelfen trachten durch Demonstrationen, von denen man dann stets recht unangenehm berührt ist.

Aber ist eine solche parlamentarische Tätigkeit, wie die Braunschweiger Kommunisten sie geübt haben, nicht arg „reformistisch“ und gegen den heiligen Geist von Moskau verstoßen? Uns will bedünken, daß hier ein Rüssel nottut.

## Deutsch-russische Beziehungen

Die Besprechung der Interpellation der Unabhängigen über die Anknüpfung der kommerziellen und diplomatischen Beziehungen mit Rußland wurde gestern begonnen, aber nicht zu Ende geführt. Genosse Crispian begründete die Anfrage. Er drang tief in das deutsch-russische Problem ein und forderte die Herstellung geordneter Beziehungen sowohl im Interesse des russischen Volkes wie der deutschen Wirtschaft. Er behandelte dabei auch die Einzelfragen der Organisation des Handels und legte besonderen Wert darauf, daß die Wiederherstellung eines regelrechten diplomatischen Verhältnisses nicht an dem lächerlichen Verlangen einer besonderen Entschuldigungsaktion der Sowjetregierung für die vor mehr als zwei Jahren erfolgte Ermordung des deutschen Gesandten, Baron v. Mirbach, scheitern würde.

Der Außenminister Simons erklärte sich im allgemeinen bereit, dem von unserer Fraktion ausgesprochenen Wunsche nachzukommen. Es ist bereits eine bestimmte Persönlichkeit nach Rußland gesandt worden, um mit der dortigen Regierung die Möglichkeiten der Wiederaufknüpfung der Beziehungen zu erörtern. Man hofft, ihr bald eine größere Kommission nachsenden zu können, vorausgesetzt, daß die Moskau-Wachhaber keine Schwierigkeiten erheben.

Es liegen nach der Darstellung des Ministers noch allerlei Hindernisse auf dem Wege zur Erreichung des von ihm angestrebten Zieles. Sie hängen mit der verschiedenenartigen Organisation der Wirtschaft in Deutschland und Rußland zusammen; sie werden verzögert durch den Zusammenbruch der russischen Ökonomie. Besonderen Nachdruck legt Dr. Simons auch auf die Gefahr der bolschewistischen Propaganda in Deutschland und der strengen Jurist bringt es wahrhaftig fertig, auch noch auf dem Prinzip der Forderung einer Güne für den Mirbach-Mord herumzureiten.

Diese Verklausulierungen und Einschränkungen nehmen seinen allgemeinen Versicherungen viel von ihrem Wert, aber man darf vielleicht hoffen, daß die Regierung schließlich doch über solche Strohhalm nicht stolpert und das tut, was

das Interesse des deutschen Volkes gebieterisch erheischt. Nur wäre es wünschenswert, wenn sie für richtig Erkanntes mit lebhafterem Eifer und größerer Eile betriebe.

Jedenfalls unterschied sich der Minister in seiner Auffassung der vorliegenden Frage sehr von seinem Vorteil von dem Redner des Zentrums sowohl wie von dem der Deutsch-nationalen Volkspartei. Herr Dr. Heißer vom Zentrum erklärte zwar auch seine Zustimmung zu den Versuchen, Handelsbeziehungen zu schaffen, aber mit dieser Versicherung kam er erst ganz am Schluß seiner Rede heraus. Neun Zehntel seiner Ausführungen erstreckten sich darauf, die nach seiner Meinung geradezu unüberwindlichen Schwierigkeiten darzulegen, und niemand konnte ihm nach diesen pessimistischen Betrachtungen glauben, daß es ihm mit seinem zuletzt ausgesprochenen Wunsche wirklich ernst sei.

Ganz ablehnend verhielt sich der Deutschnationale Reuschhaus, der die üblichen antibolschewistischen Trompetenstöße von sich gab und meinte, daß ein geordnetes Verhältnis erst zu einem wieder umgestalteten Rußland geschaffen werden könne. Was inzwischen geschehen soll, sagte Herr Reuschhaus nicht, aber die engen politischen Bande, die ihn und seine Freunde mit Lubendorff und Hoffmann verbinden, entheben uns der Notwendigkeit des Rätselratens.

Vorher hatte sich noch der Rechtssozialist Wels im Sinne der Interpellation ausgesprochen, nicht ohne dabei einige abfällige Bemerkungen über das Sowjetsystem und über die bolschewistische Propaganda in Deutschland unterlaufen zu lassen.

Die Debatte wird am Sonnabend fortgesetzt, von unserer Seite wird noch Genosse Breitscheid das Wort nehmen.

Wiederversammlung der preussischen Landesversammlung. Die preussische Landesversammlung, die am 14. Januar auseinanderging, hatte einen Ausschuss eingesetzt, der bevollmächtigt ist, die laufenden Geschäfte zu erledigen. Wie der Deutsche Schnelldienst aus parlamentarischen Kreisen hört, haben sich hierbei Schwierigkeiten ergeben, so daß ein Wiederversammentritt der Preussischen Landesversammlung auf zwei oder drei Tage notwendig erscheint. Diese Sitzungen werden wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

## Die Schulen der Republik

Wer die Zukunft erobern will, muß die Jugend gewinnen. Als im November 1918 die deutsche Arbeiterklasse einen Zügel politischer Macht zu erhalten vermochte, da mußte sie den gewonnenen Einfluß benutzen, um eilends die wichtigsten Positionen der alten Gewalten zu zertrümmern und Fundamente zu legen für die eigene Macht, für die neue Gesellschaft, den Sozialismus.

Die Mächte des alten Regimes hatten die Schule als Machtposition wohl zu schätzen gewußt. Die finsternen Gestalten der wilhelminischen Reaktion sahen fest in allen Rigen und Spalten des öffentlichen Schulwesens. Der Volksschule galt ihre besondere Liebe. Verwaltung und Lehrkörper fest in der Hand haltend, mißbrauchten sie offen die Volksschule als Pflanzstätte einseitiger politischer Propaganda, in deren Mittelpunkt Höhengallernanbetung und mittelalterlich-finsterner Jenseitskult standen.

Das war bekannt. Und jeder Einsichtige mußte erwarten, daß die beamteten westlichen Schulreaktionäre im Bunde mit Pastoren und Mönchen diesen Besitz, dieses heiligste, ihnen von dem von Gottes Gnaden anvertraute Gut des ruhmbedeckten Preußenstaates mit Hörnern und Klauen verteidigen würden. War die Schulkasernen einst ein Hort reaktionärer Gewalt, so mußte sie nun erst recht erhalten bleiben als Waffe gegen den drohenden Zerfall der bürgerlichen Herrschaft.

Die in Amt und Würde berufenen rechtssozialistischen Vertrauensleute der Arbeiterschaft haben es unterlassen, diesen Wall zu brechen. Weder wagten sie es, die Schule zur Pflanzstätte sozialistischer Ideen zu machen — mit der gleichen Rücksichtslosigkeit, mit der die schwarzen Gewalten der Reaktion ihre menschenfeindlichen Sprüche und Formeln Generation auf Generation in die Herzen und Köpfe der Jugend gepault hatten — noch wagten sie mutige Reformen an jenen Stellen, wo ein Ansehen unumwandelbar hebel auch unter schwierigen Umständen möglich gewesen wäre.

Im Gegenteil: sie wichen hilflos zurück vor dem still und sicher wirkenden Waffentum aller Bekenntnisse, wie vor dem Gebrüll der Gottesgnadenpresse.

Bei der Herstellung der Verfassung im klassischen Weimar vermochte das katholische Zentrum jene Artikel zu formulieren, die Bildung und Schule betreffen. Damit war einer sozialistischen Schulkonzeption, ja selbst einer liberalen Schulreform das Genick gebrochen.

Die Verfassung erhält die Volksschule in ihrer bisherigen Mißgestalt. Die Forderung einer Grundschule, die durch Gesetz bereits verwirklicht ist, beseitigt nur den längst anrüchig gewordenen Anflug der Vorkulen. Im übrigen wird der Zustand des Klassen Schulwesens mit seinen Abstufungen nach Unterrichtsinstanzen für Arme und Reiche von neuem in der Verfassung begründet.

So bleiben die Armen arm, auch geistig. Und zudem leisten Staat und Gemeinden — trotz erhöhten Schulgeldes — noch millionenfach höhere Zuschüsse an die Schulen der Besitzenden, als an die Schulen der Jugend des arbeitenden Volkes. Aus den Steuermitteln der für Lohn oder Gehalt arbeitenden Massen natürlich! 1911 war es so, daß ein Volksschüler den preussischen Staat mit 64 M. pro Jahr „belastete“, während ein Schüler einer höheren Lehranstalt 375 M., ein Student gar 734 M. als selbstverständliche Gabe empfing. 1917 waren die Ausgaben in Preußen für höhere Lehranstalten und für die Universitäten sogar höher, obwohl die Schülerzahl geringer war als 1911.

Und so ist das Verhältnis noch immer. Die höhere Schule ist ein Privileg der Besitzenden, heute infolge des erhöhten Schulgeldes und der wachsenden Not in den arbeitenden Schichten mehr denn je. Wieso haben die Massen der Steuerzahler die Verpflichtung, die Schule der Bevorzugten aus ihren Mitteln zu erhalten? Jahrzehntelang und länger haben die Besitzenden aus den Kassen der Allgemeinheit die Mittel geschöpft für die Heranbildung ihres Nachwuchses, und zwar vorwiegend, um diesen Nachwuchs zur Befehung der Posten an der Staatskrippe vorzubereiten. Heute dürfen sie diese Schröpferei ungehemmt fortsetzen. Erhebt indes die Schule der Massen ihre bescheidenen reformerischen Forderungen, dann kößt sie auf die zugeknöpften Taschen des Finanzministers. Er, der Schahhüter der Mächtigen im Klassenstaat, ist die letzte und sicher wirkende Instanz, wenn die dürren Ideen der Schulreaktion dem Ansturm der neuen Forderungen keinen Widerstand mehr zu leisten vermögen.

Es ist kein Geld da! Beder für eine auskömmliche Lehrerbefoldung, noch für die unentgeltliche Herabgabe der Lernmittel, noch für die Herausgabe neuer Schulbücher, noch für die Vermehrung der Klassen und Lehrkräfte, noch für eine Förderung von Volkshochschulen. Die Klassenfrequenz in den Volksschulen prunkt noch immer mit den größten Zahlen. Im ländlichen Schulbetrieb wird auch heute noch ein zweiter Lehrer erst dann eingestellt, wenn die Schülerzahl mehr als 60 beträgt. Die Massenschule aber verurteilt den Unter-







# Rechtssozialisten und Deutschnationale

## Glossen zur Oberbürgermeisterwahl

Zwei Tatsachen bei der Oberbürgermeisterwahl am Donnerstag sind besonders bedeutsam: Die Abstimmung der Rechtssozialisten und die Abstimmung der Deutschnationalen.

Genau wie das „Berliner Tageblatt“, so begrüßt auch die „Vossische Zeitung“, in deren Spalten Herr Dominicus die Oberbürgermeisterwahl würdigt, das geschlossene Eintreten der Rechtssozialisten für den bisherigen Kammerer zum Oberbürgermeister. Dominicus spricht ferner die Hoffnung aus, daß die Rechtssozialisten auch für die Folge gemeinsam mit den nichtsozialistischen Parteien vorgehen werden.

Für diese Hoffnung der Demokraten scheint in der Tat in der Haltung der Rechtssozialisten einiger Grund gegeben zu sein. Ihre Haltung in kommunalen Angelegenheiten in der letzten Zeit muß immer mehr den Eindruck hervorrufen, als ob sie eine Lösung von den sozialistischen Parteien der Stadtverordnetenversammlung und eine Annäherung an die bürgerlichen Parteien als ihr Ziel betrachten. Diese Tatsache hat auch die erheblichen Zweifel an der Behauptung der Rechtssozialisten hervorgerufen, daß sie nur aus persönlichen Gründen gegen Wepl gestimmt haben, während alle Tatsachen dafür sprechen, daß politische Gründe ausschlaggebend waren.

Das wird noch deutlicher durch Vorgänge bei der Besetzung der Bezirksämter. Es wird nämlich mitgeteilt, daß auch dort, wo sozialistische Mehrheiten bestehen, die Rechtssozialisten die Absicht haben, mit den bürgerlichen gegen die Unabhängigen vorzugehen. Sollten sich diese Mitteilungen durch die tatsächliche Haltung der S. P. D. als richtig erweisen, so würde die S. P. D. zeigen, daß sie auf der ganzen Linie die Interessen des Proletariats zu opfern gedankt und die offene Arbeitgemeinschaft mit dem Bürgertum dem sozialistischen Aufbau in Berlin vorzieht. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann dieser Demaskierung der Rechtssozialisten ruhig entgegengehen, denn die S. P. D. würde dadurch nur erneut den Beweis liefern, daß nur die Unabhängige Partei für die Bewirkung der sozialistischen und proletarischen Ziele eintritt. Selbstverständlich könnte ein solches Verhalten auch nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die allgemeine Politik und den schärfsten Kampf gegen die Rechtssozialisten herausfordern.

Geradezu widerlich aber ist die Haltung der Deutschnationalen. In der Erklärung der deutschnationalen Fraktion wurde die Haltung der Sozialisten als „die allen Grundgedanken der Demokratie höhnisch sprechende Gewalttätigkeit der roten Mehrheit“ bezeichnet und erklärt, daß nach ihrer Ansicht Wepl und Böhm „gleich wenig geeignet seien, Berlin zu retten“. Trotzdem ist kein Zweifel, daß bei der Abstimmung 13 oder 14 deutschnationale Stadtverordnete Stimmzettel für Wepl abgegeben haben.

Die deutschnationale Presse schweigt sich über diese hinterlistige Taktik der deutschnationalen Fraktion vollkommen aus. Keines von diesen es sonst mit der Wahrheit so wenig genau nehmenden Blättern hat den Mut, seinen Lesern Kenntnis von diesem gewaltigen Gegensatz zwischen Worten und Taten mitzuteilen. Es ist kein Zweifel, die Deutschnationalen verfolgten mit ihrer Politik nur die Absicht, die Unabhängigen und darüber hinaus die gesamte Einheitsgemeinde in Schwierigkeiten zu bringen. Sie wollten Wepl zur Wahl verhelfen, um dadurch bei der Gegnerschaft der Rechtssozialisten zu ihm leicht herbeizuführende fortwährende Konflikte, dauernde neue Erschütterungen hervorzurufen. Sie wollen eben unter allen Umständen verhindern, daß die Einheitsgemeinde zur Lösung ihrer Aufgaben schreitet. Sie wollten wahrnehmen, was neußlich bereits in der „Deutschen Tageszeitung“ offen ausgesprochen wurde, daß das Unheil bis zum äußersten, bis zur Katastrophe auszuwachen müsse, um zur Wendung zu kommen. Sie sind also die Katastrophopolitiker, die lediglich geleitet von ihren persönlichen und ihren Parteinteressen den Niedergang Berlins mit allen Mitteln herbeizuführen trachten. Selbst ein Blatt, wie die „Tägliche Rundschau“, sieht sich deshalb gezwungen, die Abstimmung der Deutschnationalen als einen „Rißgriff“ und als „Katastrophopolitik“ zu bezeichnen.

Die Spekulation der Deutschnationalen aber ist auch falsch. Die Unabhängige Sozialdemokratie weiß, daß sie ihre Aufgabe in der Gemeinde erfüllen muß trotz des Widerstandes, den ihr nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die übrigen bürgerlichen Parteien, die Rechtssozialisten und die Kommunisten zu bereiten suchen. Trotzdem wird sie ihren klaren Weg weiter verfolgen ohne Rücksicht auf die Katastrophopolitiker von links und rechts, ohne Rücksicht auf das Bürgertum und die mit ihm verbündeten Rechtssozialisten, lediglich geleitet von ihren sozialistischen Grundgedanken.

## Die bürgerliche Einheitsfront

Nach dem für die bürgerlichen Parteien günstig ausgegangenen Wahlen in Bremen sehen die bürgerlichen Parteien alle Mühe daran, auch für die im Februar bevorstehenden Bürgerlichenschaftswahlen eine bürgerliche Einheitsfront herzustellen, um dadurch das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit zu verhindern. Die Deutschnationalen hielten bereits eine Versammlung mit dem Thema: „Die bürgerliche Einheitsfront — das Gebot der Stunde“, ab, in der sie das gemeinsame Vorgehen (vor allem das Aufstellen einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatenliste) als unumgänglich forderten. Die Deutsche Volkspartei, die im Kampf um den Wählerstimmen im bürgerlichen Lager tonangebend war, hat an die nichtsozialistischen Parteien die Frage gerichtet, „ob sie geneigt sind, für die bevorstehende Wahl zur Bürgerlichenschaft“ einem geschlossenen Zusammenarbeiten der nichtsozialistischen Parteien und einer gemeinsamen Liste aller nichtsozialistischen Wähler zuzustimmen“.

Allerdings herrscht bei der Bremer Bourgeoisie über die Frage keineswegs Einmütigkeit. So hat sich zum Beispiel in der „Weserzeitung“ Dr. Gildmeister, der Führer der Bremer Volkspartei, für eine Stärkung des Bürgertums in der Bremer Volksovertierung auf der Grundlage der Deutschen Volkspartei ausgesprochen, auch die demokratische Partei lehnt eine gemeinsame Kandidatenliste ab, fordert aber ein inniges Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien.

Wenn nun bei den Bürgerlichenschaftswahlen die bürgerlichen Parteien auch getrennt marschieren werden, so werden sie doch das Schwergewicht bei der Wahlkämpfe gegen die gesamte Arbeiterklasse richten. Denn dort ist für sie der gemeinsame Feind. Was machen demgegenüber die Kommunisten bei den bevorstehenden Landtagswahlen? Sie kämpfen ausschließlich gegen ihre eigenen Klassenangelegenheiten, schämen sich vor Sprengung der Versammlungen vor, ihre Disziplinordner schütten die Schmutzfübel der Sinowjewischen Verleumdungen aus und verfehlen allen anständigen Menschen den Versammlungsbuch.

Für den Kommunismus wollen sie werden, als die Erben von Marx und Engels möchten sie sich ausspielen. In Wirklichkeit verflüchtigen sie sich an dem Geist der großen sozialistischen

Kampfer. Denn sie verkörpern den Ungeist und ihr blinde, wütendes Toben gegen die eigenen Klassenangelegenheiten stärkt die Reaktion mehr, als alle Gelder, die Sinnes für den Wahlkampf spendet.

## Die Regierungsbildung in Mecklenburg

Aus Mecklenburg wird uns geschrieben: Am 10. ds. Mts. wurde das bürgerliche Kinderheimministerium, das bis dahin von der Neutralitätserklärung der Rechtssozialisten geleitet hatte, gestürzt. Den Grund dazu bildete ein freisprechendes Urteil, das das Schwurgericht Schwerin gegen Kapp-Verbrecher, die einen Arbeiter „auf der Flucht“ erschossen hatten, gefällt hatte. Die Rechtssozialisten interpellierten die Regierung wegen dieses Urteils. Der Justizminister feierte die Kapp-Leute als Helden und das führte zu einem Mißtrauensvotum, für das Demokraten, Rechtssozialisten, der eine unabhängige Abgeordnete und die Kommunisten stimmten. Das Stimmverhältnis war 35 gegen 28; die Regierung sah sich daher gezwungen, den Abschied zu nehmen. Nun ging die Suche nach einem neuen Ministerium los. Erst wurde versucht, ein Ministerium aus Rechtssozialisten, die 26, und Demokraten, die 4 Abgeordnete haben, zu bilden. Die Demokraten aber wollten sich nur an einem Ministerium der „Mitte“ beteiligen, an dem auch die Deutsche Volkspartei, die 5 Vertreter hat, teilnehmen sollte. Das lehnten wiederum die Rechtssozialisten ab. Schließlich gelang es nach langen Verhandlungen den Rechtssozialisten, die Demokraten dazu zu bewegen, sich neutral zu verhalten, wenn die Rechtssozialisten allein die Regierung übernehmen würden. Die rechtssozialistische Regierung ist nunmehr gebildet, der unabhängige Abgeordnete und die vier Kommunisten haben sich neutral erklärt. Diesen 31 Stimmen standen 28 bürgerliche bei der Stimmeneinstimmungen entgegen. Man kann voraussetzen, daß dieses Ministerium keine lange Dauer haben wird, da es nicht über eine Mehrheit im Parlament verfügt, und auf die Neutralitätserklärung der Demokraten ist nicht der geringste Verlaß. Es muß damit gerechnet werden, daß über kurz oder lang der Landtag aufgelöst wird.

Nachdem in Mecklenburg die Rechtssozialisten das Ministerium gebildet haben, drängen die Parteien der Rechten auf Neuwahlen zum Landtag. Aus Schwerin wird gemeldet, daß der Abg. Dr. Knebusch (Dt. Nat.) gestern im Landtag den Antrag stellte, dieser wolle beschließen:

Die Wahldauer des Landtags wird bis zum 15. März 1921 beendet; das Staatsministerium wird ersucht, sofort Neuwahlen auszusprechen.

Der Ministerpräsident erklärte, daß über diesen Antrag verfassungsgemäß erst in drei Tagen abgestimmt werden solle.

Dieses Vorgehen der Reaktion legt Zeugnis ab von ihrem Selbstbewußtsein, und bei den Mehrheitsverhältnissen im mecklenburgischen Landtag ist die Annahme des Antrages nicht unmöglich. Es wird notwendig, den Orgeschwürmern die Größtmöglichkeit ein wenig auszutreiben, wo die Preuwahlen eine Gelegenheit bieten können.

## Der italienische Parteitag

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Dritter Verhandlungstag.

B. Livorno, 17. Januar 1921.

Der dritte Tag des Kongresses schloß mit einer überraschenden Wendung. Im Namen der Extremisten war der Abokat Terracini vorgeschickt worden, der sich in dreistündiger Rede fast ausschließlich gegen die Rechte der Partei wandte. Ihre Tendenz betonte sich zwar in ihrer Resolution von Reggio di Emilia zur proletarischen Diktatur und zur Gewalt, aber sie wollte sie nur für den Notfall, während die Kommunisten die Gewalt von vornherein organisieren wollten. Die äußerlich radikale Resolution der Rechten konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie dazu neige, die Partei von ihrem letzten Kongress in Bologna nach den früheren in Genua abgehaltene zurückzuführen. Die Lage in Italien sei durchaus revolutionär. Alle Ereignisse der letzten Zeit wiesen darauf hin. Auch Treves könne nicht mehr verneinen, daß die materiellen Voraussetzungen für eine Revolution vorhanden sind. Eine Revolution sei aber auch an geistige Voraussetzungen geknüpft. Die zu wählende Aufgabe einer kommunistischen Partei. Diese Organisation habe dem Proletariat bisher gefehlt und deswegen habe auch die Machtergreifung des Proletariats bisher nicht erfolgen können. Gegenüber dem Antrag der Rechten sei auch zu betonen, daß diese Machtergreifung nur in Form der Räterepublik und nicht anders erfolgen könne.

Terracini verfuhr dann auch die vollständig verschiedenen Auffassungen zwischen der Linken und der Rechten in anderen Fragen nachzuweisen. Hierbei unterlaufen ihm bisweilen recht seltsame Behauptungen und Geständnisse. So will er beispielsweise in dem Vorgehen von Treves, das nach der Niederlage von Anago zum Sturz des Ministeriums Salandra geführt habe, einen nur der italienischen Bourgeoisie geleisteten Dienst erblicken, weil ohne den Sturz von Salandra die Bourgeoisie einen noch größeren Zusammenbruch erlitten hätte. Die Fortsetzung dieser Logik müßte eigentlich dazu führen, alles als konterrevolutionär zu verdammen, was den Krieg nicht förderte. Ueber die Sozialisierung meinte Terracini, daß sie in einem bürgerlichen kapitalistischen Staat nicht durchführbar sei, weil sie den Kapitalismus doch nicht treffe, sondern ihm nur für ein Objekt ein anderes in die Hand drücke. Dafür vertrat der Redner die Forderung der Produktionskontrolle, die zwar im bürgerlichen Staat auch ein eitles Phantom sei, aber die Kommunisten würden diese Forderung erheben, weil sie damit die Bildung von Zellen in den einzelnen Fabriken verbinden. (!)

Ungeheures Gelächter lösten die von Terracini über das Zusammenarbeiten der Kommunisten mit anderen Arbeiterorganisationen gemachten Behauptungen aus. Terracini meinte, daß die von den Kommunisten für notwendig gehaltene Spaltung der Partei nicht auch zu einer Zerschlagung der Gewerkschaften führen werde, weil die Kommunisten diesen keine Konkurrenzorganisationen entgegenstellen wollten. Sie wollten diese nur von innen heraus zerstören und im übrigen mit allen Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten. Als dem Redner hierauf der Name „Don Sturzo“ (Führer der italienischen christlichen Arbeiterliga) entgegengerufen wurde, erklärte Terracini: „Die christliche Partei erfüllt in Italien eine Arbeit, für die wir Kommunisten nur dankbar sein können.“ Der hierauf ausbrechende Tumult hält eine halbe Stunde an. Ebenso seltsam berührt das von Terracini abgelesene Geständnis, daß die Kommunisten jede Provokation, die dazu führen könnte, die im Besitz des Proletariats befindlichen Gemeinden aus der Hand gleiten zu lassen, unterlassen werden. Hierüber entsteht ein neuer Tumult.

Nun aber kommt die Heftigkeit. Schon während der ganzen Rede fiel auf, daß sich Terracini ausschließlich gegen die Rechte wendete und nur gelegentlich die Einheitskommunisten kritisch streifte. Jetzt richtet er an diese als einzige Antwort auf die gestern von Paratons gelesene Rede die Frage, ob sie bereit sind, zugleich mit der Annahme der Bedingungen auch die Reformisten auszuschließen. Dies sei die erste praktische und unerlässliche Anwendung der Moskauer Bedingungen. Mit dieser Frage und einem Gruß an Rußland schloß Terracini seine von seinen Freunden mit großem Beifall aufgenommene Rede.

Erst nach geraumer Zeit gelangt es dem Präsidenten, dem Einheitskommunisten Paratons das Wort zu geben. Dieser erklärt namens seiner Fraktion, daß die Einheitskommunisten bereit sind, den Punkt 2 der Bedingungen von Moskau,

der den Ausschluß aller verlangt, die die Bedingungen ablehnen, unverzüglich anzunehmen.

Damit erscheint ein Zusammengehen der beiden kommunistischen Fraktionen aufs neue naheliegender. Aber wie man aus den Zwischenrufen schließen kann, die Terracini aus der Loge der extremistischen Führer gemacht worden sind, können die Ausführungen von Terracini nicht als getreuer Meinungs Ausdruck der extremen Linken gelten. Offenbar war seine Haltung gegenüber den Einheitskommunisten viel zu rücksichtsvoll. Eine Klärung hierüber dürfte die morgen zu erwartende Rede des Genossen Serrati bringen.

Am Vormittag hatte Lazzari im Namen der intransigenten Revolutionäre gesprochen. Die von ihm geführte Gruppe steht zwischen der sozialistischen Sammelgruppe und den Einheitskommunisten. Seine mit starkem Beifall aufgenommene und von der Linken mit auffälliger Ruhe angehörte Rede gipfelt in der Forderung der Parteieinheit. Karl Marx habe gesagt: Proletariat aller Länder vereinigt euch, und nicht: Kommunisten aller Länder vereinigt euch. Einigkeit macht stark, Zersplitterung schwächt das Proletariat.

## Die Brüder Strauß vor den Geschworenen

Schluß der Beweisaufnahme.

Der Andrang des Publikums zu der Verhandlung war auch gestern außerordentlich stark. Zwecks Klärung von gewissen Widersprüchen in den Aussagen der Angeklagten bzw. der Beamten werden die Kriminalkommissare Dr. Grünberg und Bürger vernommen. Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. E. Eisenstadt wird ein Brief des Angeklagten, den er an Frau Behrend geschrieben, vorgelesen. Der Verteidiger will aus dem Inhalt des Briefes folgern, daß Frau Behrend den Angeklagten Emil Strauß für einen gebildeten, anständigen Menschen halten mußte. — Die Beweisaufnahme wird hiermit geschlossen.

Den Geschworenen werden 3 Schuldfragen vorgelegt werden. Diese lauten bezüglich der Brüder Strauß auf Mord, oder versuchten Mord, oder Totschlag, oder Körperverletzung mit Todeserfolg, ferner auf versuchten Mord, oder versuchten Totschlag usw., ferner wegen schweren Diebstahls, gegen Emil Strauß auch wegen Gefangenenbefreiung. Gegen die übrigen Angeklagten lauten die Schuldfragen auf Begünstigung. Zur Schuldfrage ergreift dann Staatsanwalt Lejter das Wort.

Das Plädoyer des Staatsanwalts

In mehrstündigen Ausführungen unterzog dieser die Persönlichkeiten der beiden Brüder Strauß einer eingehenden Würdigung. Emil Strauß habe nie seine Intelligenz produktiv verwertet. Richtige Arbeit hat er nie gemacht. Es ist zu bedauern, daß Emil Strauß sich nicht auf Grund seiner stillen Kraft aus dem Schmutz herausgearbeitet hat. Erich Strauß ist allerdings, nach dem Gutachten, etwas minderwertig. Seine Minderwertigkeit kann auch nicht sehr wesentlich sein, das zeigt sein ganzes Verhalten. Es ist hier versucht worden, das ganze Niveau zu vermindern, angeblich auf das rein psychologische Gebiet. Die Geschworenen sollen ihn dadurch verstehen lernen, ihn die verkannte Größe. Lassen Sie sich nicht dadurch betören, schalten Sie das Mitgefühl und das Mitleid aus. Für Sie gilt nur die Rechtsfrage: Beide Strauß haben in Mittäterschaft gehandelt, die Tötung des Erdmann gemeinsam und mit Ueberlegung ausgeführt und beide sind deshalb wegen Mordes zu verurteilen. Ich beantrage also, bei Emil und Erich Strauß

die Schuldfrage nach Mord

ferner nach Mordversuch in zwei beziehungsweise einem Falle zu beantworten. Schließlich sind sie auch des gemeinschaftlichen Rückdiebstahls und der Gefangenenbefreiung schuldig zu sprechen.

Dann ergreift der dritte Vertreter der Anklage, Staatsanwaltsassessor Dr. Rötter das Wort, um Stellung zu den Angeklagten Frau Behrend, Hermann, Enders und Frau Lehmann zu nehmen. Der Staatsanwalt gibt ein kurzes Bild über die Rechtsvorschriften. Wendet man diese Vorschriften an, so führt er aus, ergibt sich, daß die Angeklagten Hermann und Enders sich der Begünstigung schuldig gemacht haben, während Frau Behrend und Frau Lehmann ihres Vorteiles wegen den beiden Strauß Beistand geleistet haben. Der Staatsanwalt bittet, die Schuldfragen in dieser Beziehung bei den genannten Angeklagten zu bejahen, Frau Behrend und Frau Lehmann jedoch mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit mit derde Umständen nicht zu verurteilen.

Der Verteidiger

Staatsanwalt Dr. Carl Loewenthal, führte u. a. aus: Emil Strauß ist kein bester Verteidiger, aber nicht, wie der Staatsanwalt sagt, der geschickteste. Der Angeklagte kämpft um seinen Kopf. Man muß ihn psychologisch verstehen und man kann sich nicht in seine Seele versetzen, wenn man in ihm nur den Schwerverbrecher sieht, der über Leichen geht. Der Staatsanwalt geht über all das hinweg. Emil Strauß ist kein Mörder, als Verteidiger habe ich die Pflicht, ihm die Bruderhand zu reichen, die ihm, wie Emil Strauß gestern so bewegt geschilbert hat, bisher im Leben fehlte. Die 12 Jahre Zuchthaus kommen dabei nicht in Betracht. Gewiß hat Emil Strauß viele Einbrüche begangen, aber nicht aus Rohheit oder um ein Rinaldo Rinaldini zu werden, er hat es getan, weil er es nicht anders konnte. Der ruhige Bürger mag entsetzt sein, wenn jemand sagt, was schadet es, wenn ich einem Reichen Geld abnehme. (Schluß der Verhandlung in der Abendausgabe.)

Das Urteil ist in den Nachtstunden zu erwarten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

# Oberschlesier!

Wer noch nicht in den Meldestellen der Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier den mit Danksbild zu versehenden Formular-Antrag unterzeichnet hat, tue es sofort!

Die Frist läuft in wenigen Tagen ab!

Kommt Ihr nicht, so geht Eure Stimme verloren, dann stimmt Ihr gegen Deutschland! Laßt Euch nicht durch die Gewaltthaten in Oberschlesien abschrecken, das ist polnische Wahltaktik. Der Terror setzt gerade jetzt während der kurzen Frist für die Stellung der Anträge ein

Man will Euch einschüchtern!

Aber der Dole wird damit keinen Erfolg haben. Eine freie, unbeflügelte Wahl ist feierlich versprochen. Sie zu sichern, ist feierlich anerkannte Pflicht der Entente. Dies mit allem Nachdruck zu verlangen und zu erreichen, ist Pflicht der Regierung. Beide Stellen sind verantwortlich, Wahl- und Abstimmungsreise nur dann stattfinden zu lassen, wenn

Ordnung und Sicherheit fest verbürgt sind.

Vereinigte Verbände heimatstreuer Oberschlesier.







# Groß-Berlin

## Wer wird Kämmerer?

Noch bevor irgendeine Fraktion Stellung zu der Neuwahl des Kämmerers von Berlin genommen hat, werden in der bürgerlichen Presse bereits allerhand Namen genannt. U. a. auch der frühere Schöneberger Stadtrat Dr. Lange, der als Magistratskommissar an den letzten Berliner Steuervorlagen mitgearbeitet hat. Ferner der frühere Charlottenburger Oberbürgermeister Scholz und der jetzige Charlottenburger Kämmerer Dr. Scholtz, die beide aber angeblich bereits die Annahme des Postens abgelehnt hätten.

Gestern vormittag tagte die städtische Finanzdeputation unter dem Vorsitz des Kämmerers Böß. Sie beschäftigte sich mit seinen Vorschlägen über die Erweiterung der Rechte des Kämmerers. In der Aussprache wurden diese Vorschläge als bedenklich bezeichnet, insbesondere von den sozialistischen Parteien, im einzelnen aber auch von Vertretern anderer Parteien. Die Vorschläge wurden bei der Abstimmung bis auf einen, der vertagt wurde, abgelehnt.

## Das Ende der Massenfestungen

Vom Propaganda-Ausschuß für Gemeinschaftsflächen wird darauf hingewiesen, daß der Rückgang der Beteiligung an den Massenfestungen darauf zurückzuführen werden müsse, daß die Küchen nicht den Verhältnissen sich angepaßt hätten und daß deshalb das Küchenweien umgestaltet werden müsse. Es zeige sich, daß die Küchen, die sich nach dem Geschmack des Publikums richteten, nur höhere Frequenzen aufwiesen. Es wird deshalb notwendig, die interessierten Kreise auf die noch bestehenden Mittelschichtküchen hinzuweisen, die am 31. Januar dieses Jahres geschlossen werden. Es bietet sich jetzt Gelegenheit, durch eine Umgestaltung dieser Speiseanstalten der Volksernährung zu nützen. Es wird darauf hingewiesen, daß jetzt der Augenblick günstig wäre, da die Küchenräumlichkeiten zur Verfügung ständen, wenn die Stadt finanziell helfen würde. Seien erst die Küchen geschlossen, wäre es zu spät. Der Magistrat wird höfentlich nicht verfehlen, den Vorschlag einer sachgemäßen Prüfung zu unterziehen.

## Explosionsunglück in Spandau

2 Tote, 6 Schwerverletzte.

In der Kupferhütte der Lokomotivfabrik der Deutschen Werke in Spandau sollten gestern morgen eiserne Träger für Lokomotivuntergestelle zurechtgeschnitten werden. Der mit den Arbeiten betraute Schweißer hatte gerade die Verbindung zwischen einer großen Sauerstoff- und Wasserstoffflasche hergestellt, als eine Detonation erfolgte. Die in diesem Raum befindlichen Arbeiter wurden durch die Explosion der unter einem Druck von 150 Atmosphären stehenden Stahlgasflasche an die Wand geschleudert. Die beiden Arbeiter Klische aus Berlin und Walter aus Spandau wurden durch die Stahlsplitter so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Kupferhüttenmeister Kopp war von einem größeren Stahlstück getroffen worden, das ihm das rechte Bein oberhalb des Knies vollkommen abgetrennt hatte. Der Arbeiter Kauls hatte eine bedenkliche Kopfverletzung und Gehirnerschütterung davongetragen. Weiter wurden schwer verletzt die Arbeiter Fischer, Rogedain, Stumpf und Jöllner. Ein in der Nähe wohnender Arzt legte die ersten Notverbände an und ließ die Verunglückten durch die Feuerwehr in das Spandauer Krankenhaus überführen.

## Der Mord in Charlottenburg

Ueber das Verbrechen in der Leibnizstraße geht uns folgender Bericht zu: Nach den bisherigen Ermittlungen steht es noch nicht fest, ob es sich um einen Raubmord handelt. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß auch ein politischer Mord nicht ausgeschlossen ist. Der Ermordete ist der am 20. November 1893 in Sialkot in Indien geborene Hindu Singh, der hier in Berlin ein Geschäft betrieb, am 1915 nach Berlin und studierte hier. Am 28. Februar d. J. verheiratete er sich mit der Tochter des Lebnizstraßen 21. Hier hatte er vor 1 1/2 Jahren als Untermieter ein Zimmer bezogen und so die Tochter des Hausbesitzers kennen gelernt. Seit seiner Verheiratung war er Mitinhaber einer Schokoladenfabrik in der Wilhelmshagenstraße 56. Singh lebte mit seiner Frau und seinen Schwiegereltern in bestem Einvernehmen. Außer seiner Berufstätigkeit entwickelte er auch eine lebhafte agitatorische Tätigkeit. Er war Mitglied eines indischen Klubs, der für die

Freiheit Indiens wirkte, betätigte sich als Schriftsteller und Wanderredner und war auch als händiger Gast in verschiedenen Cafés bekannt. Ueber diese ganze politische Betätigung sprach er mit seiner Frau und seinen Schwiegereltern nur sehr wenig, obwohl er auch in seiner Wohnung oft Besuch von Landsleuten und ausländischen Studenten erhielt. Die Angehörigen wußten im wesentlichen nur, daß er während des Krieges hier im Münsdorfer Lager unter seinen gefangenen Landsleuten tätig war. Als Frau B. gestern morgen erwachte, nahm sie einen sehr lauten Geräusch wahr, der vom Schlafzimmer Singhs her durch das gemeinsame Wohnzimmer bis in ihr Schlafzimmer hinein vordrang. Sie wachte ihren Mann und ihre Tochter und alle drei sahen sich nach der Ursache um. Am stärksten war der Geräusch in dem Schlafzimmer Singhs, in dem der Fenstervorhang herabgelassen war. Zu ihrem Entsetzen sahen die Eintretenden den jungen Mann in einer Blutsprache tot im Bette liegen. Die Leiche zeigte eine schwere Schädelverletzung des Hinterkopfes. Am den Hals des Toten war eine Schlinge aus einer Seilschnur gefast, über die noch ein Handtuch gebunden war. Im Zimmer zeigte sich keine Unordnung, bis auf Papiere aller Art, die in dem engen Raume zwischen den beiden Betten zerstreut herumlagen. Sie stammten aus mehreren Lederkoffern, die aus dem Kleiderkranz herausgenommen und aufgeschüttelt waren. Auch die Schulden des Nachtlichtes waren durchsucht. Der ganze Befund läßt darauf schließen, daß der Mörder es nur auf S i n g h a b g e s e h e n h a t t e.

Nach neuerer Feststellung erscheint das Verbrechen an den Indier in einem immer rätselhafteren Lichte. Auffallend erscheint besonders der Umstand, daß weder die Frau des Ermordeten, noch deren Eltern von dem Eindringen des Verbrochen irgend etwas gehört haben wollen. Das Loch in der Gassecke der Speisekammerfenster ist nur 35 mal 60 Zentimeter groß. Der Eindringling muß sich durch diese Öffnung gezwängt haben. Von der Speisekammer mußte der Täter dann zunächst durch die Küche, über den Wohnungseingang und dann durch das neben dem Schlafzimmer der Eheleute belegene Wohnzimmer, um nach dem Schlafzimmer des Indiers zu gelangen. Sehr merkwürdig ist die Feststellung, daß der Stuhl und das Handtuch, die dem Toten um den Hals geschlungen waren, nicht von dem fremden Täter mitgebracht worden sind, sondern aus dem Bestände des Hauses stammen. Außerdem wurde noch ein Taschentuch gefunden, das anscheinend mit Weider getränkt gewesen ist. Auch dieses Taschentuch gehörte keinem Fremden. Frau Singh, die schwer verletzt ist, ist so schwer mitgenommen, daß sie nicht eingehend gehört werden kann. Was geredet worden ist, steht immer noch nicht genau fest.

Der Lebensgang des neuen Oberbürgermeisters. Böß wurde am 11. April 1873 in Gießen geboren, studierte in seiner Vaterstadt Kameralia und bestand 1898 das Stoffsorgerexamen. Er ging zur hiesigen Finanzverwaltung, verwaltete kurze Zeit das Rentamt in Gießen und war dann zwei Jahre im Finanzamt in Mainz tätig, wo er sowohl Staats- wie Gemeindefiskus bearbeitete. Von Mainz ging Böß 1901 zur preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung. Er war zunächst ein Jahr bei der Eisenbahndirektion Berlin tätig, wurde dann nach Breslau versetzt und nach einem weiteren Jahr zum Vorstand des Eisenbahnverkehrsamtes in Altona in Weiskalen befördert, das er zwei Jahre leitete. Am 1. Januar 1903 wurde er nach Berlin zurückberufen, um in der Eisenbahndirektion ein wichtiges Verkehrsdezernat zu übernehmen. Im Mai 1905 wurde Böß zum Regierungsrat ernannt und im Herbst desselben Jahres in die Stelle eines Oberfinanzrats beim Finanzministerium in Darmstadt berufen. Böß lehnte aber ab, blieb in Berlin und wurde am 1. April 1906 zum ehrenamtlichen Mitglied der Eisenbahndirektion befördert. Vier Jahre später wurde er von den Schöneberger Stadtverordneten einstimmig als Stadtrat für das damals neugeschaffene Verkehrsdezernat gewählt. Am 2. Mai 1912 wurde er zum Stadtkämmerer von Berlin gewählt und am 23. Mai in sein Amt eingeführt.

Die Verhandlungen über die neuen städtischen Tarife. Im Laufe des heutigen Sonnabends finden zwischen der Deputation und den Vertretern der Gewerkschaften Besprechungen über den eingereichten neuen Tarif statt. Die Verbände und Gewerkschaften, die an den Tarifverhandlungen beteiligt sind, haben gestern Vorbesprechungen abgehalten, welche sich damit beschäftigten, wie man sich zu den Vorschlägen des Magistrats verhalten soll. Jedemfalls dürften die heutigen Besprechungen mit der städtischen Deputation eine Klärung der Lage bringen.

Das Automobil im Dienste der Schneeräumung. Die Frage, inwieweit der Kraftwagen für die Schneeräumung nutzbar gemacht werden kann, ist durch den Streit zwischen Direktion und Betriebsrat der Berliner Straßenreinigung in den Vordergrund gerückt worden. Wir erfahren dazu, daß diese Bestrebungen bis in die Zeit vor dem Kriege zurückgehen. Damals machte die Schöneberger Straßenreinigung als erste den Versuch, ihre Kraftwagen und automobilen Arbeitsmaschinen zum Ziehen von Schneepflügen zu benutzen, um so die kostspielige Anschaffung be-

sonderer Automobilschneepflüge zu vermeiden. Die Versuche ergaben schließlich einwandfrei, daß nur Fahrzeuge mit starken Maschinen (mindestens 16 PS.) der Aufgabe gewachsen waren. In diesem Winter waren mehrere solcher kombinierter Fahrzeuge bei den Schöneberger Schneeräumungsarbeiten tätig. Andere Städte, z. B. München und Haag (Holland) sind inzwischen zu selbständigen Versuchen übergegangen. Auch in Schöneberg sind weitere Versuche, die sich jedoch in anderer Richtung bewegen als die bisherigen, in Vorbereitung, und es kann angenommen werden, daß diese Frage demnächst ihre endgültige Lösung findet.

Die städtische Diätensvorlage. Nach § 30 des Gesetzes Groß-Berlin kann durch Ortsgesetz bestimmt werden, daß den ehrenamtlich tätigen Bürgern Ersatz für bare Auslagen und gegebenenfalls für entgangenen Arbeitsverdienst gewährt wird. Auf Grund dieser Bestimmung hat der Magistrat 1700 den Stadtverordneten den Entwurf dieses Ortsgesetzes unterbreitet. Hiernach sollen die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung monatlich je 800 Mark, die unbesoldeten Mitglieder der Bezirksämter und die Vorsitzenden der Bezirksversammlungen monatlich je 600 Mark erhalten. Die Stadtverordneten, Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten sollen für jede Sitzung 10 Mark bekommen. Das Anmeldebeitagsgeld wird jedoch an einem Tage höchstens für zwei Sitzungen gewährt. Alle Stadt- und Bezirksverordneten haben ferner freie Fahrt auf allen Linien der städtischen Straßenbahn. Die Vorlage wird in einem Ausschuß vorbereiten werden.

Milchlieferung. Die Lieferung vom Sonnabend, den 22. Januar bis einschließlich Montag, den 24. Januar, stellt sich wie folgt: Am Sonnabend, den 22. Januar werden die 1/2 und 3/4 Liter Krankenarten voll beliefert. Am Sonntag, den 23. Januar erhalten die 1/2 Liter Krankenarten 1/2 Liter Frischmilch, die 3/4 Liter Krankenarten werden nicht beliefert. Am Montag, den 24. Januar werden die 1/2 und 3/4 Liter Krankenarten voll beliefert. Die übrige Lieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Lieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden.

1. Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. Sonntag, vormittags 9 Uhr, Fraktions Sitzung, im Zimmer des Genossen Schneider, Breite Str. 8-9. Die Obleute der kommunalen Kommission werden ebenfalls um ihr Erscheinen ersucht.

2. Verwaltungsbezirk Wedding. Sonnabend 7 Uhr in der Säulenhalle, Poststraße 47, Fraktions Sitzung. Pünktliches Erscheinen der Bezirks- und Stadtverordneten und der kommunalen Obleute notwendig.

Verwaltungsbezirk 14 (Neukölln-Brick-Budow). Montag 7 Uhr, Fraktions Sitzung der Stadt- und Bezirksverordneten im Rathaus, Neukölln, Saal 2.

Referenten! Die nächste Referentensammlung findet am Montag, den 24. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Rathaus, Zimmer 5 (1. Etage) statt. Genosse Carl Veld spricht über die innere Verwaltung Preußens. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Die Verteilung der Lebensmittel der Rinderstutzkommission erfolgt Dienstag, den 25. Januar 1921 und Mittwoch, den 26. Januar 1921, vormittags von 10 bis 2 Uhr im Keller — Stadthaus — Eingang Straßener Straße. — Nur Karteninhaber haben das Recht, Lebensmittel abzuholen.

Festlegung der Polizeistunde auf 11 Uhr? Neuerdings sind wieder Bestrebungen im Gange, die Polizeistunde in Groß-Berlin auf 11 Uhr festzusetzen. Wie wir erfahren, ist eine entsprechende Beratung bereits ausgearbeitet worden und mit ihrer Veröffentlichung in aller nächster Zeit zu rechnen. Die Bestrebungen, die Polizeistunde zu verkürzen, gehen, wie wir hören, nicht vom Polizeipräsidenten und auch nicht von der Kohlenstelle aus. Polizeipräsident Richter hat sich vielmehr bemüht, dem Minister des Innern, Severing, der die Herabsetzung der Polizeistunde wünscht, darzumachen, daß die Verhältnisse in Groß-Berlin einen so strengen Schluß der Gaslaternen nicht zulassen. Aus politischen Gründen soll aber der Minister auf den 11 Uhr-Schluß bestehen, und zwar wird nach wie vor behauptet, daß besonders Süddeutschland sich gegen jegliche Bevorzugung Berlins, auch hinsichtlich der Polizeistunde, gewandt hat.

Totgefahren. In der Ecke der Bülow- und Göbenstraße wurde eine etwa 60 Jahre alte Frau von einem Schlächterfuhrwerk überfahren und schwer verletzt. Man brachte sie nach einem Krankenhaus. Dort konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Verkauftste Altentafel. Am 20. Januar 1921, nachmittags zwischen 5 und 1/2 Uhr wurde aus der Wohnung der Johanna Bruchus, Charlottenburger Kanjitz, 23, eine schwarzbraune Altentafel jedenfalls aus Versehen von einem unbekanntem Herrn mitgenommen. Der Inhalt der Altentafel, welcher für den Eigentümer von großem Wert ist, hat keinen Nutzen für den Mitnehmer. Der betreffende Herr, welcher augenblicklich im Besitz der Tafel ist, wird gebeten, gegen Belohnung dieselbe beim Deutschen Eisenbahner-Verband, Behnstraße 10, I, abzugeben.

# Carmen

Novelle

von Prosper Mérimée

Übersetzt von Franz Schnabel

(1. Fortsetzung)

Mein Unbekannter machte an meinen Pferden keine Ausstellungen, was allerdings nicht schwierig war; dann erzählte er mir von der Genealogie seines Pferdes, das aus dem berühmten Gestüte von Cordoba stammte; es war in der Tat ein edles Tier und so abgehärtet gegen Ermüdung, daß es, wie sein Herr behauptete, einmal dreißig Meilen an einem Tage im Galopp oder im scharfen Trab zurückgelegt hatte. Mühselig unterbrach sich der Unbekannte mitten in diesem Wortschwall, wie überrischt und ärgerlich, daß er zuviel gesagt hatte. „Ich war eben gerade in großer Eile auf dem Wege nach Cordoba“, begann er mit einiger Verlegenheit wieder. „Ich sollte die Richter wegen eines Prozesses günstig zu stimmen suchen.“ Dabei blinzte er meinen Führer Antonio an, der seine Augen zu Boden senkte.

Der Schatten und die Quellen erkreuzten mich so sehr, daß ich mich an einige Schritte vorzüglichen Schinkens erinnerte, die meine Freunde in Montilla in den Quersack meines Führers gepackt hatten. Ich ließ sie bringen und lud den Fremden ein, an dem improvisierten Mahle teilzunehmen. Wenn er seit langem nicht mehr geraucht hatte, so schien es mir wahrscheinlich, daß er seit mindestens achtundvierzig Stunden nichts mehr gegessen hatte. Er verjähnte den Schinken wie ein ausgehungertes Wolf, und ich dachte, daß meine Begegnung für den armen Teufel wie eine Art von Vorlesung gewesen war. Mein Führer dagegen ah wenig, trank noch weniger und sprach überhaupt nichts, obwohl er von Anfang unserer Reise an sich mir gegenüber als ein schwacher Sonderling erwies. Die Anwesenheit unseres Gasten schien ihm unangenehm zu sein, und ein gewisses Mißtrauen hielt die beiden voneinander entfernt, ohne daß ich bestimmt die Ursache davon hätte erraten können.

Die letzten Stücken Brot und Schinken waren verschwunden, und jeder von uns hatte noch eine zweite Zigarre geraucht; nun befaß ich meinem Führer, uniere Pferde zu satteln, und wollte von meinem neuen Freunde Abschied

nehmen, als er mich fragte, wo ich die Nacht zubringen gedächte.

Bevor ich noch ein Zeichen, das mir mein Führer gab, hätte beobachten können, hatte ich geantwortet, daß ich zur Venta del Cuervo reite.

„Ein schlechtes Nachtlager für einen Herrn wie Sie... Ich gehe auch dorthin, und wenn Sie mir erlauben, Sie zu begleiten, dann wollen wir den Weg zusammen machen.“

„Sehr gerne“, sagte ich und stieg zu Pferde. Mein Führer, der mir den Steigbügel hielt, blinzelte mir abermals zu; aber ich antwortete darauf mit Achselzucken, wie um ihn zu versichern, daß ich vollkommen ruhig sei, und so machten wir uns auf den Weg.

Die geheimnisvollen Zeichen Antonios, seine Anrufe, einige dem Unbekannten entschlüpfte Worte, vor allem aber sein Ritt von dreißig Meilen und die wenig einleuchtende Erklärung, die er darüber hatte abgeben können, hatten in mir schon eine Meinung über meinen Reisegefährten gebildet. Ich zweifelte nicht mehr, daß ich es mit einem Schmutzler, vielleucht mit einem Räuber zu tun hatte. Was ging das mich an? Ich konnte den spanischen Charakter genügend, um ganz sicher sein zu können, daß ich nichts von einem Menschen zu fürchten hatte, der mit mir gefessen und geraucht hatte. Ja, seine Anwesenheit war sogar ein sicherer Schutz gegen jede unangenehme Begegnung. Im übrigen war ich erfreut, einen wirklichen Briganten kennen zu lernen. Man sieht nicht alle Tage einen, und es hat einen eigenen Reiz, sich bei einem gefährlichen Reiten zu befinden, vor allem wenn man es sanft und gezähmt weiß.

Ich hoffte, den Unbekannten nach und nach zutauschlich zu machen, und lenkte trotz des Augenblinzels meines Führers die Unterhaltung auf die Straßenräuber. Natürlich sprach ich mit Achtung von ihnen. Es gab damals in Andalusien einen berühmten Banditen namens José-Maria, dessen Taten in aller Wunde waren. „Wie, wenn ich mich an der Seite José-Marias befände?“ dachte ich bei mir... Ich erzählte die Geschichten, die ich von diesem Helden kannte, alle übrigen zu seinem Lobe, und gab meiner Bewunderung für seine Tapferkeit und seinen Edelmut lauten Ausdruck.

„José-Maria ist nur ein Schurke“, sagte der Fremde kalt. „Räpft er sich Gerechtigkeit widerfahren, oder ist dies nur übertriebene Bescheidenheit?“ fragte ich mich in Gedanken; denn je mehr ich meinen Gefährten betrachtete, desto mehr war ich zu der Überzeugung gekommen, daß das Signament José-Marias, das ich an den Loren mancher andalus-

schen Stadt angeschlagen gesehen hatte, auf seine Person paßte. — Ja, das ist er freilich... Blonde Haare, blaue Augen, ein großer Mund, schöne Zähne, kleine Hände; ein feines Hemd, eine Sammetjacke mit Silberknöpfen, Gamalschrit von Weißleder, ein braunrotes Pferd... Kein Zweifel mehr! Aber ehren wir sein Infognito.

Wir kamen zur Venta. Sie war so, wie er sie mir geschildert hatte, das heißt eine der elendsten Spelunken, die ich jemals gesehen habe. Ein einziger großer Raum diente als Küche, Esszimmer und Schlafzimmer. In der Mitte dieses Raumes brannte das Feuer, und der Rauch zog durch ein in dem Dache angebrachtes Loch, oder besser, er konnte nicht abziehen und bildete eine Wolke einige Fuß über dem Boden. Längs der Mauer sah man an der Erde fünf oder sechs alte Maulkorbstühle ausgebreitet; das waren die Betten für die Reisenden. Zwanzig Schritte von dem Hause entfernt, oder vielmehr von dem einzigen Raume, den ich soeben besprochen habe, stand eine Art Schuppen, der als Stall diente. In dieser reizenden Behausung befanden sich, wenigstens im Augenblick, keine anderen menschlichen Wesen als ein altes Weib und ein kleines zehn- bis zwölfjähriges Mädchen, die beide rüchgeschwärtzt waren und entsetzliche Lumpen trugen.

Als die Alte meinen Gefährten sah, rief sie voll Ueberraschung aus: „Ah! Herr Don José!“

Don José runzelte die Stirne und erhob mit gebieterischer Gebärde die Hand, so daß die Alte sofort verstummte. Ich wandte mich zu meinem Führer, und ohne daß die anderen es merkten, machte ich ihm durch ein Zeichen verständlich, daß er mich über den Mann, mit dem ich die Nacht zubringen wollte, nicht weiter zu beschreiben brauche. Das Abendessen war besser, als ich erwartete. Auf einem kleinen, kaum einen Fuß hohen Tisch wurde uns ein alter, mit Reis und viel spanischem Pfeffer geschmorkter Hahn aufgetragen, dann wieder spanischer Pfeffer in Del und zuletzt Gaspacho, eine Art Salat von dieser Frucht. Drei so gepfefferte Schüsseln zwangen uns, häufig nach einem Schlauch Montillawein zu greifen, der sich als vorzüglich erwies. Nach dem Essen bemerkte ich eine an der Mauer hängende Mandoline — man findet solche überall in Spanien — und fragte das kleine Mädchen, das uns bediente, ob es spielen könne.

„Nein“, antwortete sie; „aber Don José spielt sehr gut.“

„Würden Sie die Güte haben,“ sagte ich zu ihm, „mit etwas vorzusingen; ich höre Ihre spanische Musik leidenschaftlich gerne.“

(Fortsetzung folgt.)



# Die Beziehungen zu Sowjet-Rußland

## Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstag

Freitag, 21. Januar 1921, mittags 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird dem Geschäftsordnungsausschuss eine Revision der Geschäftsordnung aufgetragen.

Es folgt die Beantwortung einer großen Reihe kleiner Anfragen. — Auf die Forderung des Abg. Th. Reich (U. Soz.), die Staatswerke zur Herstellung künstlicher Gliedmaßen in das Zentrum von Berlin zurückzuverlegen, wird von einem Regierungsvertreter Erfüllung zugesagt.

Auf die Beschwerde des Abg. Taubadel (Soz.) über zahlreiche Waffensätze in der Stadt Götting und in dem Landkreis Götting, erklärt ein Vertreter des Reichswehrministeriums die Angaben der Anfrage als richtig und teilt mit, daß der verantwortliche Reichswehrminister seinen Abschied erhalten hat.

Abg. Pieper (U. Soz.) fordert Auskunft über die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Legeres, daß Deutschland die Goldmarkprämie für die abzuliefernde Kohlenmenge in keiner Weise zur Hebung der Lebenshaltung der Ruhrwerftarbeiter benutzen habe, sie im Gegenteil sogar zu finanziellen Transaktionen benutzte, an der sogar ausländische Kapitalisten stark profitierten. Ein Regierungsvertreter nennt die Zahlen der bisher von Frankreich und Belgien eingegangenen Prämien. Die eingelaufenen Summen sind nicht nur unter genauer Kontrolle von Arbeitnehmersprechern vollständig für die bessere Lebenshaltung der Bergarbeiter aufgewandt worden, sondern darüber hinaus hat die Regierung allein 367 Millionen Mark für die Verbesserung der Lebenshaltung durch billige Textilien und Schuhwaren aufgewandt.

Die Vorlage über die Luverungsregeln der Beamten in der Fassung des Hauptausschusses wurde in dritter Lesung endgültig gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Einstimmig angenommen wird ferner eine Entschließung, die die Regierung auffordert, das Ortsklassengehör mit größter Beschleunigung vorzulegen.

Die unabhängig-kommunistischen Interpellationen über das Amnestiegesetz und die Flensburger Vorgänge wird die Regierung, die wie Staatssekretär Lewald erklärt, in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten.

### Deutschlands Beziehungen zu Sowjet-Rußland

Es folgt die unabhängige Interpellation, über die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. Abg. Crispian (U. Soz.): Die deutsche Außenpolitik läuft immer noch im Geiste des alten Systems. Revanchegedult und Unsicherheit verhindern die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Völkern und schaffen immer neue Konflikte und Vermischungen. Jetzt wäre die Zeit, für unseren Wiederaufbau die reichen Hilfskräfte Rußlands heranzuziehen, aber die reaktionäre Führung unserer Politik scheut vor Beziehungen zu dem sozialistischen Rußland ängstlich zurück. Das englisch-französische Kapital ist darin großzügiger und befindet sich auf dem besten Wege, von Süden her in Rußland einzudringen. Unsere Wirtschaftslage würde auch eine Abwendung von der chauvinistischen Außenpolitik erfordern, um einen wirtschaftlichen Zusammenstoß mit Polen zu vermeiden. Es bleibt uns kein anderer Weg, als in Rußland und Polen die Produktion möglichst heben zu helfen. Rußland seinerseits hat, wie wir in Moskau mitgeteilt wurde, ungeheure Bestellungen zu machen; es braucht beinahe alles, was wir produzieren. Dafür kann und will es Holz, Pelze, Wolle, Flach und Hanf liefern. Große Warenlager — auch an Lebensmitteln — hat die russische Regierung bisher anzulegen vermieden. Da die Vorräte nicht konzentriert sind, ist die Hilfe der russischen Genossenschaften unentbehrlich. Die deutsche Politik hätte die Aufgabe, durch den Ring der feindselig gesinnten Randstaaten einen direkten Weg für den Austausch der gegenseitigen Produkte zu bahnen.

Natürlich müssen wir berücksichtigen, daß in Rußland der Handel nationalisiert ist, und daß jeder Austausch durch die beiden großen russischen Handelszentren geht. Deutschland müßte auch eine Zentrale schaffen, die aufgebaut ist auf den Grundfragen der Selbstverwaltung ohne bürokratische Beschränkung, und die Garantien übernehmen würde für die Qualität der ausgeführten Waren. Rußland wäre zunächst auf Kredite angewiesen, eine Aufgabe, die von unserer Zentrale dann mit einigen guten Willen bald gelöst werden könnte. Eine kapitalistische Konzeptionswirtschaft nach Art der westlichen Länder lehnen wir aber ab. Kann die Reichsregierung Auskunft geben, welches Resultat die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland und Polen, die jetzt angeblich in Berlin geführt werden, bis jetzt gehabt haben? Mit Polen und über Polen zu wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland zu kommen, ist unbedingt notwendig. Der Friedensvertrag von Versailles erklärt nur alle Verträge mit dem Auslande für gelöst, die bis zum August 1914 eingegangen worden sind, verhindert aber nicht die Schließung neuer Verträge. Voraussetzung der wirtschaftlichen Beziehungen sind die diplomatischen. Diese sind nie vollkommen abgebrochen worden, und dies war auch bis in die jüngste Zeit hinein die Ansicht der deutschen Regierung. Simons Stellungnahme, daß es nicht Aufgabe der Regierung sei, die Sowjetregierung zu stützen, sondern dem russischen Volke Gelegenheit zur Reorganisation zu geben, läßt erkennen, daß der Minister unter dem Einfluß reaktionärer Kreise geraten ist. Solange die deutschen Militaristen und Reaktionen glauben, mit Rußland gemeinsam gegen die Westmächte vorgehen zu können, werden sie näheren Beziehungen freundschaftlich gegenüber. Seitdem sie die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit Rußlands mit einem reaktionär-kapitalistischen Deutschland erkannt hatten, setzte eine feindselige Stimmung ein. So verbot Stinnes den Angehörigen seines Konzerns, wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland aufzunehmen. Während bolschewistische Sachverständigen-Kommissionen die größten Schwierigkeiten bereitet werden, genießen die russischen Konterrevolutionäre das größte Entgegenkommen. In Berlin hat sich ein konterrevolutionäres Zentrum gegen Sowjetrußland gebildet. Die sogenannten Wladimir-Brüderschaften entsenden Angeworbene nach Polen, Sibirien oder zu den Resten der Wangelarmee. General Hoffmann arbeitet an Plänen, um mit Hilfe der Entente die Sowjets zu kürgen. Wir stellen diesen Antrag, um den Aufbau der Menschheit zur friedlichen Kulturarbeit zu fördern.

### Die Antwort der Regierung

Reichsminister des Reichs Dr. Simons: Die Beziehungen des deutschen zum russischen Volke sind eine Lebensfrage für unsere Zukunft. Es ist nicht Schuld der deutschen Regierung, daß die Beziehungen noch nicht günstiger sind als heute. Die Unmöglichkeit eines nützlichen Warenaustausches beruht in erster Linie auf der jetzigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durch die russische Revolution. Die Gewalten, die damals die Führung des Staatswesens übernahmen, haben nach meiner Meinung völlig versagt. Die russische Bauernschaft war außerstande, die Lebensmittellieferungen zu erzielen, die früher die großen Güter erzielt haben. Hieraus ergeben sich Schwierigkeiten für die Anbahnung geregelter wirtschaftlicher Beziehungen, da die Garantie einer Gegenleistung fehlt. Ein weiteres Hindernis ist es, daß die Entente systematisch darauf hinarbeitet, Barrieren zwischen Mitteleuropa und Rußland zu legen. Ein weiteres Hindernis ist unser Verhältnis zu den Randstaaten. Für eine Verständigung mit Polen fehlt der Verständigungswille der Gegenseite. Mit Litauen sind die angebahnten Verhandlungen infolge innerer Schwierigkeiten der litauischen Regierung abgebrochen worden. Ein weiterer Hindernisgrund ist der völlige Zusammenbruch des russischen Transportwesens.

In sich besteht die Anerkennung der Sowjetregierung zu recht, aber ebenso besteht zu recht der Bruch der Beziehungen, der durch die Ermordung des Gesandten Grafen Mirbach im Juli 1918 herbeigeführt worden ist. Solange nicht eine Genugtuung für diese Ermordung gegeben ist, ist eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht möglich. (Zuruf links: Das ist doch

die Höhe!) Ich habe mit Herrn Rapp über meine Auffassung des Tatbestandes gesprochen, und er hat nicht gesagt, daß er diese Auffassung für unehört hält. Eine Antwort seiner Regierung ist bisher nicht erfolgt. Die russische Regierung hat weiter mit der Propaganda ihrer Vertreter in Deutschland einen weitgehenden Mißbrauch der Gastfreundschaft getrieben. Wir müßten daher eine gewisse Einschränkung der Einwanderungsgenehmigungen eintreten lassen. Vorläufig wird der Verkehr mit Sowjetrußland nicht auf normalem Wege aufgenommen werden können. Die deutsche Regierung hat sich aber bemüht, andere völkerrechtliche Wege für einen geregelten Verkehr anzubahnen. Ich bin tief durchdrungen von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit dem russischen Volke. (Lebhafte Zustimmung.) Nach jeder Richtung hin hat die deutsche Regierung in gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Kreisen hilfreiche Hand geboten, damit ein Warenaustausch in die Wege geleitet wird. Die Waren, die in der letzten Zeit nach Rußland gelangt worden sind, sind auf Grund von Bestellungen der russischen Regierung hingelangt worden. Von illegalen Waren kann also nicht die Rede sein. Wir haben auch nicht den russischen Kommissionen ohne weiteres den Eintritt in Deutschland verweigert. Wir haben nur für unsere Kommissionen Gegenleistung gefordert, und die ist uns nicht gewährt worden. (Hört, hört!) Herr Crispian beschwert sich, daß wir der technischen Kommission die Aufenthaltserlaubnis in Deutschland nicht verlängert hätten. Die Kommission war in Deutschland eingereist, speziell um die Auswanderungsbewegung nach Rußland zu organisieren. Es hat sich aber herausgestellt, daß eine Auswanderung nach Rußland in absehbarer Zeit nicht in Frage kommt.

Für die von mir erhoffte Besserung der Beziehungen ist Voraussetzung, daß das russische Volk uns mehr brauchbare Waren als bisher zur Verfügung stellen kann, und daß der ganze Osten aufhört, Kriegsgeschwätz zu sein. Vor allem aber muß man von russischer Seite aufhören mit jeder Propaganda, die die Wurzel unseres Lebens untergräbt. Leider wird die Interpellationsfrage wieder zum Gegenstand der Agitation gemacht. (Der Minister gibt Berichte aus den Lagern wieder, die zur Aufklärung der Zwischenfälle darin dienen sollen.) Wenn alle Länder sich bemühen, wieder in Beziehungen zu Rußland zu kommen, wie es jetzt überall der Fall ist, so können wir nicht daran vorbeigehen. Aber deswegen dürfen wir nicht das russische Abkommen schleunigst ablehnen, damit uns niemand zuvorkommt. Kein anderer Staat kann ja ohne Deutschland mit Rußland normiert kommen. Im übrigen ist es weder unsere Aufgabe, die Sowjetregierung zu bekämpfen, noch sie zu stützen. (Sehr richtig!) Wir müssen nur dafür sorgen, daß das russische Volk zusammen mit dem unseren wieder aus dem Elend herauskommt. Aber die politische Propaganda russischer Abgeordneter können wir nicht bei uns dulden. Nur, wenn sich jeder der beiden Teile politisch in seinen Grenzen hält, werden wir uns wirtschaftlich die Hand reichen können. Daß dies recht bald geschehen möge, ist mein Wunsch. (Beifall.)

### Auf Antrag Ledebour wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Wels (Soz.): Nach den Ausführungen des Ministers über den Moskauer Gesandtenmord scheint es, als sei es Sache der russischen Regierung, ihrerseits die ersten Schritte für einen geregelten politischen und handelspolitischen Verkehr zu tun. Rußland und Deutschland sind auf einander angewiesen, und die Ansicht unserer Partei, daß man alles tun müsse, um wieder Beziehungen anzubahnen, hat sich immer mehr als richtig erwiesen. Der Kampf zwischen Sozialismus und Bolschewismus kann nur auf geistigem Wege ausgetragen werden. Die Befreiung des russischen Volkes kann nur seine eigene Sache sein, ob nun der Feind Zarismus oder Bolschewismus heißt. Die Hauptstütze des Bolschewismus bleibt allein der Antibolschewismus. Bringt man dagegen den Bolschewismus in Beziehungen mit der äußeren Welt und läßt man die Macht des wirtschaftlichen Ausgleichs auf ihn wirken, so wird sich seine Umbildung von selbst ergeben. Natürlich weisen wir es von uns, die Beziehungen mit Sowjet-Rußland derart aufzunehmen, daß Rußland bei uns eine Propaganda des Antisozialismus betreibt, während wir uns die Einmischung in seine inneren Verhältnisse versagen. Die Regierung steht vor der Verantwortung, ob sie zusehen will, wie die Verständigung über Deutschland hinweg vorgenommen wird, oder ob diese mit und durch Deutschland erzielt werden soll. Mit Rußland Handelsbeziehungen einzugehen, ohne mit ihm Frieden zu schließen, ist nur eine Fiktion. Diesen Selbstbetrug kann sich Deutschland nicht leisten.

Dr. Fleischer (Ztr.): Ein dauernder Warenaustausch mit Rußland ist unmöglich, denn der Großgrundbesitz ist vollständig zerfallen und der Kleinbesitz geht einer wachsenden Verelendung entgegen; eine Mehrproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die als Tauschware in Betracht käme, gibt es nicht.

Abg. Neuhaus (D.Nat.): Für wirtschaftlichen Austausch mit Rußland sind auch wir, denn unsere Industrie hat ausländische Aufträge bitter nötig. Es muß aber verhindert werden, daß auf diesem Wege die bolschewistische Propaganda in unser Land hineingetragen wird.

Darauf vertagte sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr: Betriebsräte und Betriebsräte, Rede zum Einkommensteuergesetz, Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 167 Uhr.

## Gewerkschaftliches

### Betriebsräte, Angestellten- und Arbeiterräte!

Die nächsten Gruppenversammlungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale finden statt: für

Gruppe 13 (Verkehr), Dienstag, den 25. Januar, abends 6 Uhr, im Schultheiß, Hallesche.

Gruppe 11 (Metallindustrie), Mittwoch, den 26. Januar, abends 6 Uhr, im Schultheiß, Hallesche.

Gruppe 10 (Leberrindustrie), Donnerstag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, in den Mustertälen (Wolfsaß).

Gruppe 15 (Sozialversicherung), abends 6 Uhr, Aula Sophienstraße.

Gruppe 6 (Graphische Gewerbe), Freitag, den 28. Januar, abends 6 Uhr, Mustertäle.

Gruppe 9 (Lebens- und Genussmittel), Freitag, den 29. Januar, abends 6 Uhr, Reibens-Feistals, Landsberger Straße.

Gruppe 5 (Freie Berufe) Montag, den 31. Januar, nachm. 3 Uhr, in den Mustertälen, kleiner Saal.

Gruppe 12 (Staats- und Gemeindefunktionäre), Montag, den 31. Januar, abends 6 Uhr, Sophien-Säle, Sophienstraße.

Gruppe 7 (Holzindustrie), Donnerstag, den 10. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftsraum, Saal 1.

Einlaß nur mit Legitimationskarten der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und Mitgliedsbuch der Gewerkschaft.

### Wer hat Recht?

Unter obiger Etichmarke kommt die „Rote Fahne“ in Nr. 31 nochmals auf die Arbeiterarbeit der Intelligenz in Cassel zurück und behauptet entgegen unseren Feststellungen, daß in dem ausschlaggebenden Punkt der Hintermann der „Arbeiter“ die Tatfachen auf den Kopf stellen und sagt: Es ist nicht wahr, daß der Betriebsrat auf eigene Faust ohne Willen der Betriebsleitung gehandelt hat. Wahr ist, daß in unserem Bericht vom 7. Januar ausdrücklich gesagt ist: „Es gelang der mehrheitssozialistischen Betriebsleitung, die Arbeiterarbeit derart zu betören, daß der 10-Studenten eingeführt wurde.“

Wir möchten hierzu nochmals feststellen, daß unsere Fiktion- und Gauleitung in Cassel, erst Kenntnis von der Ueberstundenarbeit erhielt, als die Kommunisten sich ansahen, eine Demonstration gegen die Ueberarbeit durchzuführen. Die Mitteilung an unsere Fiktion- und Gauleitung erfolgte dann telefonisch durch den kommunikativen Betriebsrat, welchem es auch gelang — um in der Sprache der „Roten Fahne“ zu reden — die Arbeiterarbeit derart zu betören, daß der 10-Studenten eingeführt wurde.“

Durch ein Schreiben des Betriebsratsvorsitzenden, welches sich in unseren Händen befindet, können wir zu jedem Augenblick nachweisen, daß unsere angegebenen Tatsachen der Wahrheit entsprechen. Wenn die „Rote Fahne“ trotzdem die Stirn hat, dieses zu bestritten, so braucht man sich nicht hierüber zu wundern, denn eine Partei, die die Verhöhnung der Wahrheit, die Anwendung von List und Schlaubeit in ihr Waffenarsenal aufgenommen hat, braucht vor einer Lüge mehr oder weniger nicht zurückzusprechen. Sie leben ja nur von der Lüge.

### Was geht im Nahrungsmittelgroßhandel vor?

Im Monat September 1920 wurde von den kaufmännischen Angestellten ein Tarifvertrag an die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber im Nahrungsmittelgroßhandel für Groß-Berlin eingereicht. Bei den Verhandlungen am 8. Oktober und 2. November 1920 konnte man feststellen, daß diese „einigen“ Arbeitgeber überhaupt nicht die Absicht haben, einen gemeinsamen Tarif für die Branche zu tätigen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und der Schlichtungsausschuss angerufen. In den darauf stattgefundenen 7 Sitzungen verstand man es, die Verhandlungen zu labatieren, indem die ungläublichsten Anträge gestellt wurden.

Welche traurigen Verhältnisse noch in der Branche bestehen, würde man kaum für glaublich halten, wenn uns nicht zahlungsmächtige Beweise zur Verfügung ständen. Bilanzsichere Buchhalter werden noch mit einem Gehalt von 600 M. entlohnt. Kassierinnen und perfekte Stenotypistinnen erhalten noch die fiktive Summe von 500 M. Die Angestellten werden in den nächsten Tagen zu diesen Vorgängen Stellung nehmen.

Gegen Moskau! Die Sektion der Bildhauer aller Branchen hielt am 18. 1. 21 ihre Versammlung ab, welche sich gemäß dem Beschlusse der Funktionärerversammlung mit dem Thema: „Moskau oder Amsterdam“ befaßte. Horn als Referent begründete und forderte den festen Zusammenschluß der Arbeitermassen im Sinne der Forderungen von London. — Als zweiter Referent rüdte Ewers eintriften von den jetzigen Führern der Gewerkschaftsbewegung ab. Eine Zerreiung der Gewerkschaften käme nicht in Frage (wie harmlos!), sondern nur eine Umleitung im Sinne der Moskauer 21 Punkte. — Von den zwei vorliegenden Resolutionen wurde die der U. S. P. D. der Funktionärerversammlung vom 3. 1. 21 mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Versammlung der Bankangestellten. Eine Versammlung des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten, in der Genosse Katz referierte, wandte sich gegen das Ueberstundenwesen im Bankgewerbe. Den Bankleitungen war vom Arbeitsministerium dringend empfohlen worden, bis zum 17. d. M. mit den Angestelltenorganisationen wegen Beteiligung der Ueberstunden zu verhandeln. In den nächsten Tagen sollen nun die Verhandlungen stattfinden. Als Mittel zur Beteiligung der Ueberstunden schlägt der Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten vor, bei einer Häufung der Arbeitslast eine angemessene Zahl von Neueinstellungen vorzunehmen. In Betrieben, die dazu geeignet sind, ist die Schichtarbeit durchzuführen. Dann ist ferner darauf zu achten, daß auch die betreffenden Bureauleiter solange im Bureau ausbleiben, bis der letzte Angestellte das Bureau verläßt. Weiter wird gefordert, die Vorkursen in Tage zu vermehren und börsenfreie Sonnabende einzuführen, sowie stets das gesamte Material den Betriebsräten zugänglich zu machen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, durch die sie den Allgemeinen Verband beauftragt, in den kommenden Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bankleitungen unter Anwendung aller dafür in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Mittel dafür zu wirken, daß die brennende Frage der Bekämpfung der Ueberstunden im Sinne der vom Referenten gemachten Ausführungen gelöst wird. Ferner fordert die Versammlung die zuständigen behördlichen Instanzen mit Nachdruck auf, endlich dafür zu sorgen, daß die für die Arbeitszeit maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen auch für das Bankgewerbe Geltung erlangen.

Tabak-, Transport- und Kartonnagen-Arbeiter. Bei der Zigarettenfabrik R u r a t t i, Köpenicker Straße, streifen die oben genannten Arbeiter. Der Betriebsrat wird nicht anerkannt, Verhandlungen mit den Organisationsleitungen werden von der Geschäftsleitung abgelehnt. Zutritt ist fernzuhalten.

Typograph. Fortschreibung Sonnabend, den 22. Januar, mittags 1 Uhr bei Lange, Rostoder Str. 28.

Zur angeblichen Einigung mit den Notlandarbeitern ist zu unserem großen Bedauern festzustellen, daß durch den Vergleich lediglich die Differenzen der Stadtbau-Gesellschaft mit ihren Arbeitern beigelegt sind. Mit dem Kampf der Notlandarbeiter hat der Vergleich nichts zu tun.

### Aus den Organisationen

#### Sonnabend, 22. Januar

- 5. Bezirk. Wichtige Besprechung für sämtliche Funktionäre der 2. Abteilung heute abend 8 Uhr bei Schwallbe.
- 10. Bezirk. 7 Uhr Versammlung aller Elternbeiträge und Erbsparnisse, Schulcafé, Genslerstr. 6. Mitgliedsbuch legitimiert.
- 13. Bezirk. Abends 7 Uhr, Sitzung der kommunalen Kommission bei Höpke, Stolpestr. 37.
- Schöneberg-Friedenau. Nachmittags in der Spedition, Götterstr. 6, Plakate abholen.
- Kreuzberg, Holz, Beton. Bezirksführer um 6 Uhr im Vorteltheater.

#### Sonntag, 23. Januar

- 4. Verwaltungsbereich. Französer Tor, vormittags 10 Uhr, in der Schulcafé, Genslerstr. 6-7. Inbetriebnahme des Funktionärenlegitimationsbuches mit dem ersten Personallegitimationsbuch. Besprechung der beteiligten bei 10 Uhr. Tagesordnung: Sitzungsprotokoll der Bezirkskommissionen und Auffassung der Kandidaten. Die Kandidaten werden gebeten, in der Versammlung zu erscheinen.
- 13. Bezirk. Arbeiterberatung vormittags 10 Uhr bei Hoffmann, Döbnerstr. 6. Genossen, die gemeinsam leitendliche Probleme besprechen wollen, treffen sich vormittags 10 Uhr bei Rinkel, Döbnerstr. 6.
- 15. Bezirk. Die Mitglieder der kommunalen Kommission erhalten Kopie des Generalversammlungsprotokolls. Mitgliedsbuch und Karte der kommunalen Kommission legitimiert. Verhandlung der Arbeiterlegitimationskarte Sonntag, vormittags 10 Uhr im Schulgebäude Pappel-Allee 4-5, Zimmer 18. 3. Stock.
- 14. Bezirk. Vormittags 9 Uhr, Funktionärerversammlung bei Kaiser, Götterstr. 6, Probe 2.
- 16. Bezirk. Vormittags 11 Uhr, Delegationskommissionen bei Schürmann, Götterstr. 11. Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

### Bereinskalender

#### Sonnabend, 22. Januar

Transportarbeiter-Verband. Arbeiter, Arbeiterinnen und Ratgeber aus dem Bereichsverbanden, Holz, Beton, Mineralwasserarbeiten und Holzarbeiten. Sonnabend in Altem Refektorium, Hallesche 12, großes Nebenlokal. — 6 Uhr, Arbeiterlegitimation. Die Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeiter vorzubereiten ist und aus diesem Grunde keine Entschuldigungen mehr an ihn zu erlangen haben. Wärmehilf, Kaufmann, Notizen.

10. Bezirk. Arbeiterlegitimation, Bezirk Brandenburg. Genossen treffen die Delegierten zur 2. M. in Berlin ein. Genossen, die von 2 Uhr ab für die Vertretung des Bezirks stehen, treffen im Jugendklub bei Götterstr. 6-7, um die Delegierten im ihre Quartiere zu geleiten.

#### Sonntag, 23. Januar

Schülerbeiräte. Wahlversammlung und Schulbeiräte. Sonntag, 23. Januar, vormittags 9 Uhr, in dem Konferenzsaal, Wilmersdorf, 21. Hier werden die Tagesarbeiten über den 9. 1. abgehandelt. — Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Teilweises Mitgliederversammlung. Vormittags, pünktlich 9 Uhr, Warenaustauschkommission im Gewerkschaftsraum, Genslerstr. 14-15.